



BBW
Beamtenbund
Tarifunion

BBW – Beamtenbund Tarifunion Postfach 10 06 13 70005 Stuttgart

Herrn
Frank Plasberg
WDR Köln
Redaktion „hart aber fair“
Appellhofplatz 1

50667 Köln

Der Vorsitzende

Am Hohengeren 12
70188 Stuttgart

Telefon 0711/168 76-0

Telefax 0711/168 76-76

Internet: <http://www.bbw.dbb.de>

e-mail: bbw@bbw.dbb.de

27. März 2014

Sti/mun

Sendung „hart aber fair“, Montag, 24.03.2014

Sehr geehrter Herr Plasberg,

da ich mich bislang noch nie bezüglich einer Sendung an den verantwortlichen Redakteur oder Moderator gewandt habe, fiel mir der Schritt schwer, mich bezüglich Ihrer vergangenen Sendung an Sie zu wenden.

Damit Sie die Hintergründe meines Schreibens besser einordnen können, hier die wichtigsten Daten zu meiner Person. Ich bin über 30 Jahre im gymnasialen Schuldienst des Landes Baden-Württemberg gewesen, über die Station Landesvorsitzender des Philologenverbandes wurde ich vor 11 Jahren an die Spitze des Beamtenbundes Baden-Württemberg als Landesvorsitzender gewählt. Erst zu diesem Zeitpunkt habe ich mich aus meinem Beruf zurückgezogen, da meine jetzige Tätigkeit eine hauptamtliche ist. Ich bin sozusagen ein Verbandsfunktionär oder, wenn Sie es so sehen wollen, ein Gewerkschaftler. Seit einem Jahr bin ich in der Spitze des dbb beamtenbund tarifunion als stellvertretender dbb-Bundesvorsitzender. Darüber hinaus wurde ich in den SWR-Rundfunkrat seit dessen Fusion entsandt. Nach den Stationen Mitglied im ARD-Programmbeirat, Vorsitzender des Fernsehausschusses, bin ich nun im Landesrundfunkrat Baden-Württemberg der Vorsitzende. Aber, das möchte ich betonen, meine Zeilen schreibe ich nicht als Vorsitzender des Landesrundfunkrats.

Sehr geehrter Herr Plasberg, beim Verfolgen Ihrer Sendung wurde ich in hohem Maße betroffen. Nicht, weil Sie das Thema ‚Beamte‘ in der Ihnen eigenen Weise aufbereitet haben, nein, da ich im Ablauf der Sendung eine zu deutliche Meinungsmache empfunden habe. Es ist Ihr gutes Recht und ich denke auch ein Kennzeichen Ihrer Sendung, dass Sie plakativ und provokativ die Themen anpacken und den jeweiligen Standpunkt darstellen. Dementsprechend war auch die Runde der Diskussionsteilnehmer polarisierend zusammengesetzt. Aber, und das ist meine Hauptsorge, Sie haben sich als Moderator von der ersten Minute an als scharfer Kritiker des Beamtentums in Deutschland gezeigt. Von einem Moderator erwarte ich, dass er die Positionen aufzeigt, aber wie schon der Begriff aussagt, nur moderierend den Sendungs-

verlauf bestimmt. Von der ersten Minute an konnte jede Zuschauerin, jeder Zuschauer ganz klar nachvollziehen, dass Sie die Notwendigkeit des Berufsbeamtentums in der Bundesrepublik grundsätzlich in Zweifel ziehen.

Es gibt Argumente gegen, aber auch mindestens so viele für das Berufsbeamtentum. Ich verzichte darauf, hier eine inhaltliche Diskussion zu beginnen. Sie haben jedoch, sehr geehrter Herr Plasberg, die Pro-Positionen in Ihrer Moderation völlig unerwähnt gelassen. Bislang war ich schon häufig als Gesprächspartner vor der Kamera, sowohl im Einzeldialog wie in Diskussionsrunden. So in der Sendung bei Frau Christiansen bis hin zu Sendeformaten des SWR, sei es vor Jahren bei ‚Quer gefragt‘ oder aktuell bei ‚Zur Sache Baden-Württemberg‘. Dabei hatte ich mich selbstverständlich mit den Fragen und den Kritikpunkten am Beamtenverhältnis wie auch an der Ausgestaltung in Form der beamtenrechtlichen Alimentation und Versorgung zu stellen, hatte jedoch Gelegenheit, argumentativ Vor- und Nachteile aufzuzeigen. Dies habe ich in Ihrer Sendung vermisst.

Hinzu kommt, dass Sie durch plakative Behauptungen inhalts- und sinnverzerrende Informationen gegeben haben. So zum einen durch die Behauptung, dass Beamtinnen und Beamte „bis zu fünf Jahre“ älter werden, oder das Nennen einer Mindestversorgung nach bereits fünf Jahren Tätigkeit in der Höhe von 1.500 €. Diese Punkte sind mir fragmenthaft in Erinnerung geblieben.

Es ist mir unverständlich, wie Ihre Redaktion zu diesen Feststellungen kommen konnte. Die Landesdaten für Baden-Württemberg belegen, dass im Land Baden-Württemberg die Menschen ein Jahr älter werden als der Durchschnitt in der Bundesrepublik, die Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg werden noch ein weiteres Jahr älter. Also weit entfernt von Ihrer Behauptung.

Zum Zweiten muss angemerkt werden, dass das Weglassen der Prinzipien der Mindestversorgung ein völlig falsches Bild erzeugt. Es gilt generell für Arbeitnehmer wie für Beamtinnen und Beamte, dass sie Renten- bzw. Versorgungsansprüche nach frühestens fünf Jahren erworben haben. Es trifft auch zu, dass Beamtinnen und Beamte diese Mindestversorgung in deutlich höherem Niveau bereits erhalten. Dies ist dem verfassungsrechtlich gebotenen Alimentationsprinzip geschuldet. Als Zuschauer konnte man jedoch den Eindruck gewinnen, dass Beamtinnen und Beamte bereits nach fünf Jahren einen Versorgungsanspruch von 1.500 € haben und dieser dann in der Folge steigt. Ich gehe davon aus, dass Ihnen bewusst ist, dass die Beamtenversorgung genauso ansteigt wie die Rentenansprüche und dass die Versorgungshöhe von 1.500 €, also die Mindestversorgung von 35 %, erst nach nahezu 20 Jahren Tätigkeit als Beamtin und Beamter dann erzielt ist. Erst danach steigen die Versorgungsansprüche weiter an. Auch ist dabei der Eindruck entstanden, dass Beamtinnen und Beamte in großer Zahl mit dieser sehr guten Versorgung in jungen Jahren aus dem Dienst ausscheiden. Im Land Baden-Württemberg scheidet im Schnitt pro Jahr zwischen 80 und 200 Beamtinnen und Beamte mit Mindestversorgung aus. Dies entspricht bei 200.000 Landesbeamtinnen und –beamten einer Rate von 0,04 bis 0,1 %. Daran eine grundsätzliche Kritik an der Beamtenbesoldung und –versorgung festzumachen, ist grenzwertig.

Auch hätte ich mir gewünscht, dass Sie, sehr geehrter Herr Plasberg, bei evidenten Falschaussagen Ihrer Diskutanten zumindest korrigierend eingreifen. So bei der Aussage des Bild-Journalisten *Dirk Hoeren*, dass Beamtinnen und Beamte sehr leichtfertig vom Dienst fern bleiben, zum Arzt gehen und dadurch Fehltage erzeugen. Es müsste Ihnen bekannt sein, dass im Vergleich der Krankheitstage von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den vergangenen Jahren die jeweilige Konjunktur der ausschlaggebende Faktor war, dass darüber hinaus aber Beamtinnen und Beamte schon immer weniger Fehltage als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgewiesen haben.

Sehr geehrter Herr Plasberg, ich war bislang ein glühender Verfechter des öffentlich-rechtlichen Systems und auch der Schwerpunktsetzung mittels des breiten Angebots an journalistischer Information wie auch Unterhaltung. Dass Ihre Sendung „hart aber fair“ auch unterhalten soll, ist mir bewusst. Meine Überzeugung, dass die öffentlich-rechtlichen die mit Abstand besseren Angebote bieten, ist zumindest an diesem Montagabend punktuell ins Wanken geraten.

Und noch ein letzter Hinweis, sehr geehrter Herr Plasberg. Auch selbst wenn Sie überzeugt sein sollten, dass die deutsche Öffentlichkeit kritisch das Berufsbeamtentum und die Tätigkeit der Beamtinnen und Beamten sieht, sollten Sie sich weniger von den zufälligen Statements auf der Straße, sondern von Umfrageergebnissen leiten lassen. Die vom dbb in Auftrag gegebene jährliche Forsa-Umfrage zeigt in den letzten acht Jahren mit großer Deutlichkeit, dass das Ansehen des öffentlichen Dienstes wie auch der Beamtinnen und Beamten in den jeweiligen Berufsfeldern gestiegen ist. (Sie finden diese Zahlen auf der dbb-Seite im Internet: „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2013“, http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/themen/forsa_2013.pdf, Seite 20.)

Ich werde mir erlauben, mein Schreiben auch der Vorsitzenden des WDR-Rundfunkrates, Frau Ruth Hieronymi, sowie dem WDR Intendanten, Tom Buhrow, zur Kenntnis zu geben.

Ich wünsche Ihnen weiterhin Erfolg bei Ihrer Arbeit, verbuche jedoch Ihre Beamten-Sendung unter dem Titel „hart und unfair“.

Mit freundlichem Gruß


V. Stich
Vorsitzender